

krete Operationalisierung des Konzepts der epistemischen Gemeinschaft ließe sich an der einen oder anderen Stelle streiten. Dies alles ändert aber nichts daran, dass das vorliegende Buch einen gut geschriebenen, informativen und analytisch gehaltvollen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Rechtsforschung in der Bundesrepublik bietet, der die langsam Fahrt aufnehmende Debatte über das Verhältnis von Politik und Recht bereichern wird.

Sascha Kneip

Decker, Frank. *Parteien und Parteiensysteme in Deutschland*. Stuttgart. Kohlhammer 2011. 132 Seiten. 14,90 €.

Der Band von Decker bildet den Auftakt für die neue Reihe „Brennpunkt Politik“ beim Kohlhammer Verlag, die mit kurzen und verständlichen Darstellungen Teilbereiche der Politikwissenschaft einem breiteren Publikum zugänglich machen will. In der mittlerweile gewachsenen Auswahl aktueller Einführungen in die Parteienforschung stellt Deckers Buch dann auch eine der kompaktesten Darstellungen dar. Die zehn Kapitel des Bandes fallen dementsprechend kurz aus und sind sicherlich gut als Begleitlektüre für Kurse an Hochschulen geeignet.

Inhaltlich legt der Band – auch gerade im Vergleich zu anderen Einführungen – einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Parteiensystemforschung. Decker geht zu diesem Zweck nach der obligatorischen Einleitung zu Begriff und Funktion von Parteien auf die typischen Analyseinstrumente der Forschung – Parteiensystemeigenschaften und -typologien – ein, um dann die institutionellen Determinanten dieser Merkmale zu diskutieren. Auch die

Cleavage-Theorie und ihre modernen Ableger werden in Anbetracht der Kürze des Bandes recht ausführlich dargestellt. Ein Erklärungsmodell für den Wandel von Parteiensystemen, das Decker in ähnlicher Form bereits in seiner Habilitationsschrift entwickelt hat, runden die Darstellung zum Parteiensystem zusammen mit einem kurzen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen in den west- und osteuropäischen Parteiensystemen ab.

In Anbetracht des Titels „Parteien und Parteiensysteme in Deutschland“ ist auffällig, wie stark komparativ die Darstellung ausgerichtet ist. Viele der Beispiele im Text beziehen sich dann auch auf Parteiensysteme der europäischen Nachbarn. Die Abhandlungen zum deutschen Parteiensystem fallen vergleichsweise kurz aus. Wer eine detaillierte Darstellung zur historischen oder aktuellen Entwicklung in Deutschland erwartet, ist sicherlich mit anderen Einführungen besser bedient. Da die Parteiensystemforschung ihrem Gegenstand gemäß immer eine vergleichende Disziplin der Politikwissenschaft ist, leuchtet diese Darstellungsweise aufgrund der Schwerpunktsetzung von Decker aber unmittelbar ein. Allerdings hätte dies unter Umständen auch in der Auswahl des Titels reflektiert werden können.

Die Parteiorganisationsforschung nimmt nur einen kleinen Teil des Umfangs des Bandes ein. Dies ist aufgrund der gebotenen Kürze und der Schwerpunktsetzung verständlich, aber nichtsdestotrotz bedauerlich, perpetuiert dies doch die ohnehin verbreitete Vorstellung von Parteien als „black boxes“, die auf Entwicklungen in ihrer systemischen Umwelt reagieren, ohne dass näher betrachtet werden würde, wie innerparteiliche Willensbildungs- und Entschei-

dungsprozesse ablaufen, wie Parteieliten sozialisiert und rekrutiert werden oder welchen Beitrag Parteimitglieder für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Organisation leisten. Dies ist nicht *Decker* anzulasten, stellt die Parteiorganisationsforschung doch eine vergleichsweise wenig erforschte Subdisziplin in der oft in der „top down“-Perspektive verhafteten allgemeinen Parteienforschung dar.

Eine der großen Stärken der Darstellung liegt in der Souveränität des Verfassers im Umgang mit der doch recht weitläufigen Literatur zur weiteren Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen. Insbesondere im abschließenden Kapitel schafft es *Decker* ohne bleiernen Nachweisapparat, die wesentlichen Entwicklungen prägnant zu präsentieren, einzuordnen und zu bewerten. Seine Empfehlungen für die Überwindung der Legitimationskrise von Parteien reihen sich konsequenterweise unmittelbar ein in sein Grundplädoyer für eine Stärkung plebiszitärer Elemente, das er auch in anderen Forschungsfeldern pointiert vertritt: Er schlägt die Öffnung der Parteien für Nichtmitglieder, die Stärkung direktdemokratischer Verfahren bei innerparteilichen Sach- und Personalentscheidungen sowie die Ergänzung des Parteienwettbewerbs durch Volksabstimmungen vor.

Der Band „Parteien und Parteiensysteme in Deutschland“ ist eine kompakte Einführung in die Parteienforschung, die sehr gut für den universitären Lehrbetrieb geeignet sein dürfte, gerade wenn die Analyse von Parteiensystemen und institutionelle Erklärungsansätze für ihren Wandel thematisiert werden sollen. In der betont komparativen Ausrichtung der Darstellung knüpft *Decker* an von Beymes wegwei-

sende, aber leider nicht mehr ganz aktuelle Monographie „Parteien im Wandel“ an, ohne dabei die Kürze eines Lehrbuches zu verlieren.

Tim Spier

Martin, Lanny W. und Georg Vanberg: *Parliaments and Coalitions. The Role of Legislative Institutions in Multiparty Governance*. New York. Oxford University Press 2011. 174 Seiten. 63,99 €.

Wie gelingt es Regierungskoalitionen, ein gemeinsames Gesetzgebungsprogramm umzusetzen, wo doch die Partner gegeneinander im Wahlwettbewerb stehen und somit ständig versucht sind, Kompromisse zu ihren eigenen Gunsten zu verändern? Dieses Problem von Koalitionsregierungen bildet den Ausgangspunkt des Buches von *Lanny W. Martin* und *Georg Vanberg*. Das Ausgangsproblem war seit der grundlegenden Arbeit von Michael Laver und Kenneth A. Shepsle in den 1990er Jahren bereits Gegenstand zahlreicher Studien. Während darin der Fokus darauf lag, wie auf exekutiver Ebene (zum Beispiel durch Staatssekretäre wie bei Michael Thies) die Einhaltung von Koalitionsverträgen sichergestellt wird, eröffnen *Martin* und *Vanberg* eine neue Perspektive: Sie argumentieren, dass Koalitionspartner auch die legislative Ebene nutzen, um sich bei der Gesetzgebung gegenseitig zu kontrollieren.

Dieses Argument entwickeln und testen die Autoren in insgesamt sieben Kapiteln. Kapitel 2 widmet sich einer detaillierten Diskussion des grundlegenden Delegationsproblems: Regieren in Koalitionen erfordert Kompromisse. Die konkrete Umsetzung dieser Kompromisse obliegt jedoch einzelnen Ministern, die jedes Gesetz – in der Logik